

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5.— Mk., vierteljährlich 13.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
..... der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreise: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Anzeigenzeile 1.— Mk. von auswärts 1,50 Mk. B.: Wiederholung Rabatt. Annahme bis 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 8990.

Nr. 63

Mittwoch, den 16. März 1921

12. Jahrgang

Wachsende Abneigung gegen die „Sanktionen“.

Sozialistische Kritik an den „Sanktionen“ in der französischen Kammer.

Paris, 15. März. In der heutigen Kammerführung wurde sofort in die Diskussion der Interpellationen über die Ergebnisse der Londoner Konferenz eingetreten. Briand erklärte jedoch, daß die Regierung erst am Donnerstag ihre Erklärung abgeben werde. Abgeordneter Hennessy bemängelte die 50 prozentige Abgabe vom Verkaufswerte der deutschen Lieferungen an alliierte Länder. Es sei nicht sicher, ob Italien, Belgien und Japan die gleiche Maßnahme einführten. Anstatt das Deutschland Anstrengung mache, um den Alliierten zu liefern, werde es seinen Handel nach Rußland leiten. Deutschland könne in Rohstoffen und durch seine Arbeit zahlen. Briand erklärte, in London habe Reichsminister Simons einen derartigen Vorschlag gemacht, aber nur sehr unbestimmt. Abgeordneter Crespel warf dagegen, in den verwüsteten Gebieten sei alle Welt der Verwendung deutscher Arbeiter feindselig gestimmt. Hennessy sagte zum Schluß, Deutschland kann sein Geld darauf verwenden, seine Industrie zu entwickeln, Frankreich aber muß es nur für seinen Wiederaufbau verwenden. Der kommunistische Abgeordnete Marcel Cachin erklärte: Wenn Deutschland nicht entwaffnet sei, so sei das die Schuld der herrschenden Klassen in Deutschland und Frankreich. (Großer Lärm. — Die Abgeordneten der Rechten und der Mitte begleiteten die Ausführungen des Redners mit ironischem Lachen.) Er weigerte sich, der Regierung in ihren militärischen Unternehmungen zu folgen. Abgeordneter Dutreil von der Partei Frage sagte, der Wille zum Frieden herrsche weder beim deutschen Volk noch bei den Regierenden in Deutschland. Die Taktik der interalliierten Kontrollkommission müsse verändert werden. Eine Abänderung des Vertrages von Versailles wäre um so notwendiger, als die im Vertrage vorgesehene englische und amerikanische Zusammenarbeit nicht bestehe. Abgeordneter Auriet (rechtsstehender Sozialdemokrat) erklärte, der Grundsatz der Reparation sei gerecht und nötig, was gewisse Elemente in Deutschland auch anerkennen. Man könne der Regierung nicht zum Vorwurf machen, daß sie offiziöse Besprechungen unternommen hätte, um den Bruch zu vermeiden. Er begreife, daß Deutschland das Ergebnis der Volksabstimmung in Oberschlesien abwarten müsse. Auf alle Fälle beginnt der bewaffnete Friede mit den Gewalttätigkeiten angelächelt der Politik wieder. Düsseldorf ist ein Ausgangspunkt, wo ist das Ende, etwa im Ruhrgebiet? Wenn die Zwangsmassnahmen ein Mittel sein sollen, um Zahlung zu erlangen, was werde ihr Ergebnis sein? Wie wird die Abgabe von den deutschen Vorfürungen verteilt werden? Soll jeder Staat die Steuer behalten, die er einfährt, oder sollen die Beiträge der Reparationskasse überwiesen werden, um nach der bestimmten Skala verteilt zu werden? Briand ließ daraufhin, er werde im einzelnen darauf antworten. Abgeordneter Auriet fuhr fort: Wenn eine Zolllinie am Rhein entlang geführt werde, dann würden die Rohmaterialien und die Fertigprodukte doppelt mit Zöllen belegt. Wenn man die Abneigung gegen die Zolllinie nicht überwinden könne, dann werde man nur Ergebnisse erzielen, die nichts einbrächten. Man würde aber Paris eine Bombe geben, um mit Stetigkeit gegen die Verhandlungen zu protestieren, und wer solle schließlich die Kosten für das Befehlsgewalt und die Zollbeamten bezahlen? Schon jetzt würden die Befehlsgewaltkosten seit dem 1. Juli auf 4 1/2 Milliarden Papierfranken geschätzt. Sie hätten einen großen Teil der deutschen Zahlungen absorbieren. Wenn Frankreich sich in Fertigprodukten bezahlen sollte, dann werde es seinen Handel ruinieren und die deutsche Konkurrenz stärken. Die Vorschläge Hennessys würden als Arbeitslosigkeit verhängen und kein Geld einbringen. Man müsse ein internationales Wiederaufbauangebot machen, an dem die Geschädigten, die Unternehmer und die Arbeiter beteiligt seien. Das Betriebskapital für dieses Unternehmen müsse durch eine internationale Anleihe unter Mitarbeit von Amerika aufgebracht werden. Dann könne Deutschland nicht mehr über seine Zahlungsunfähigkeit klagen. Nach dem Abgeordneten Auriet sprach Abgeordneter Durand (radikaler Sozialist), der Aufklärung über die Verhandlungsverhandlungen wünsche. Nach seiner Rede wurde die Debatte auf Mittwoch nachmittag vertagt.

Kein Vormarsch der Alliierten nach Berlin.

Im englischen Unterhause wurde vorgestern das Reparationsgesetz in zweiter Lesung angenommen. Bei ihrer Begründung hatte Chamberlain in angelegentlich, man werde möglicherweise Deutschland durch eine wirtschaftliche

Blockade zur Vernunft bringen. Bottomley beantragte die Ablehnung des Gesetzes unter der Begründung, es sei phantastisch und zwecklos. Asquith drückte die Besorgnis aus, daß es einen Rückschlag auf den englischen Handel haben werde. In der Debatte ergriff Lloyd George das Wort und nahm Bezug auf den alternativen Vorschlag von Bottomley, nach Berlin zu marschieren. Er fragte Bottomley, ob er vielleicht wisse, wieviel Soldaten notwendig sein würden, um die Verbindungswege der Truppen zu schützen, und ob er die Kosten nachgerechnet habe. Wenn die Soldaten in Berlin bleiben, bis die Deutschen die Bedingungen der Alliierten angenommen hätten, so kämen sie zurück mit einem Papierabkommen in der Tasche, aber weiter gekommen würde man nicht sein. Es ist nur bedauerlich, daß die Alliierten in andern Fällen einen so großen Wert darauf legen, ein Papierabkommen zu erhalten.

Die Errichtung der neuen Zollgrenze.

Wie der Lokalanz. aus Frankfurt am Main meldet, ist heute vormittag mit der Errichtung der definitiven Zollgrenze vor Frankfurts Toren begonnen worden. In Rödelheim sind unter Aufsicht eines Offiziers 21 Mann Marokkaner eingetroffen. An der Mainzer Landstraße hat die Errichtung einer Zollstation bis jetzt nicht stattgefunden. Offenbar wollen die Alliierten diese Station in Höchst errichten. Die interalliierte Rheinlandkommission hat die Zensur für den Telegramm- und Telefonverkehr sowie über die Zeitungen mit Bezug auf Truppenschiebungen um acht Tage verlängert.

London, 15. März. Wie der Reutersche Berichterstatter in Düsseldorf meldet, sehen die verantwortlichen englischen Geschäftsleute in Düsseldorf die Errichtung der neuen Zollgrenze als ein zweckloses und kostspieliges Hilfsmittel an und erinnern an die Erfahrungen der Engländer am Kölner Brückenkopf vor der Ratifizierung des Friedensvertrages, wo trotz Stachelbrantes und Infanteriepatrouillen an den Eisenbahnstationen der Schmuggel in riesigem Maße weiterging.

Der Aufruhr gegen die Sowjetregierung.

Kopenhagen, 15. März. Ein Telegramm aus Helsingfors besagt: Wie das Finnische Militär-Bureau aus Moskau erfährt, breitet sich die revolutionäre Bewegung ständig aus. Die Kämpfe in Kronstadt und Petersburg haben in den letzten Tagen einen sehr heftigen Charakter angenommen. Die Sowjetregierung machte einen mißglückten Versuch, Artillerieoffiziere von Moskau nach Petersburg zu kommandieren. Die Truppen weigerten sich überhaupt, an den Operationen gegen Kronstadt teilzunehmen. Nach bisher unbefestigten Gerüchten soll Krasnaja Gorka am Sonnabend zu den Revolutionären übergegangen sein.

Bayerns Widerstand gegen das Entwaffnungsgesetz.

München, 15. März. Im Landtag warnte Ministerpräsident von Kahr bei der Frage der Einwohnervwehr und des Entwaffnungsgesetzes vor der im Reich sich geltend machenden Tendenz, die Art an die innere Verwaltung der Einzelstaaten zu legen. Das würde nur die Schwächung des Reichsgedankens zur Folge haben. Die Einwohnervwehr bilde die Abwehr gegen alle Störungversuche und habe keinen militärischen Charakter. (1) Die bolschewistische Gefahr sei noch unverändert. Der Ministerpräsident verteidigte die Selbstschutzorganisationen gegen Vorwürfe, die besonders von der Königs-Partei gegen sie erhoben wurden. Er teilte mit, daß es sich um eine Aktion gewisser Kreise der bayerischen Königs-Partei und den Grafen Bothmer handele, die Ende Januar verabredet wurde. Es wurde damals beschlossen, die Schutzorganisationen als politische Organisationen bloßzustellen, die Regierung zu stürzen, ein politisches Chaos herbeizuführen und dann ein Volksreferendum zu veranlassen. Bei dieser Sache scheinen jedoch nach Österreich und nach dem Westen eine Rolle gespielt zu haben. Mitglieder des früheren Königs-Hauses hätten dieser ganzen Sache ferngestanden. (2) Durch das Vorgehen der Reichsregierung sei die bayerische Regierung vollständig überfordert worden. Sie hat dagegen entschieden Einspruch erhoben. Wenn die Gegner auf die militärische Bedrohung durch die Einwohnervwehren verweisen, so ist das nur ein Vorwand. Wenn sie die Auflösung verlangen, so geschieht das nur wegen des Aufbaues, der in den Einwohnervwehren liegt. (3) Wir sollen als Volk und als Staat am Boden liegen bleiben. Ich kann bei den gegenwärtigen Verhältnissen die Auflösung und die Entwaffnung unserer Einwohnervwehr weder billigen noch jene verurteilen, die sie nicht entwaffnen lassen wollen. (Das klingt ja wie eine verdeckte Aufforderung zum Ungehorsam gegen ein Reichsgesetz. V. Red.) Ich bin aber überzeugt, daß wir auch über den Weg, der zum Ziele führt, uns zusammensetzen können.

Die italienischen Gewerkschaften.

Die römische Genossin Olberg-Berda schreibt unserer reichsdeutschen Parteipresse:

Seit dem Beginn des Weltkrieges, also seit vielen Jahren, hat die italienische Gewerkschaftszentrale, die Generalconfederazione der Arbeit, keinen Kongreß mehr abgehalten. Es ist also nicht zu verwundern, daß man mit großer Spannung die Verhandlungen erwartet hat, die vom 25. Februar bis zum 3. März in Livorno stattgefunden haben. Der Zeitraum von sieben Jahren, der den heutigen vom letzten Kongreß trennte, hat in so mannigfaltiger Weise die Bedingungen des proletarischen Kampfes umgeformt, hat innerhalb und außerhalb der Organisationen so vieles geändert, daß wahrhaftig genug Material für die Arbeiten einer Kongreßwoche vorlag. Ist doch in der zu betrachtenden Periode die Zahl der Mitglieder der Konföderation von 300 000 auf 2 1/2 Millionen gestiegen. Der Achtstundentag ist errungen worden, die Betriebskontrolle steht in Aussicht; Gesetzesentwürfe über die Arbeiterversicherung und über die Aufteilung der Ratifundien liegen der Kammer vor.

Mit all diesen Fragen hat man sich aber in Livorno nicht beschäftigt, nicht beschäftigen können. Genau, wie der sozialistische Parteitag, hat auch der Kongreß der Konföderation seine ganze Verhandlungszeit mit der einen Auseinandersetzung zwischen Sozialisten und Kommunisten ausfüllen müssen. Wie im Parteileben, so tritt auch im Gewerkschaftsleben immer wieder die kommunistische Kritik hervor, die für jeden Mißerfolg, für jedes Ausbleiben erträumter Siege die Taktik der Führer verantwortlich macht, jener sozialistischen Führer, die der feurige Jugendbeifer unserer Kommunisten zum alten Eisen werfen möchte. Die Vorwürfe sind immer die gleichen; vor allem bietet die Periode der Betriebsbesetzung den Anlaß zu der Beschuldigung, den Zeitpunkt der Revolution verdammt zu haben.

Was man also in Livorno geplant hatte, war ein Sturm auf die alten Führer, auf die Genossen Dragona, Buzzati, Ballesi, Argentina, Alibelli, Mazzoni usw., die sämtlich der Rechten der sozialistischen Partei, der sogenannten sozialistischen Konzentration, angehören, und an deren Stelle man kommunistische Führer zu setzen hoffte. Nicht den Führern als solchen galt der Angriff, sondern der von ihnen verkörperten Taktik, namentlich dem Bündnis, das die italienische Konföderation mit der sozialistischen Partei verbindet, in der Weise, daß keine dieser beiden Hauptorganisationen des Proletariats in wichtigen Angelegenheiten beraten kann, ohne die Vertreter der anderen zuzulassen und zu hören. Mit diesem Bündnis wollten die Kommunisten brechen, um an seine Stelle ein Bündnis mit der kommunistischen Partei treten zu lassen.

Das ist nun allerdings nicht so heiß gegessen worden, wie es gefocht war. Die entscheidende Resolution, die gleichzeitig den bisherigen Führern Vertrauen aussprach und die Aufrechterhaltung des Bündnisses mit der sozialistischen Partei beschloß, wurde mit 1 435 873 gegen 432 558 Stimmen angenommen bei 17 371 Stimmenthaltungen. In der Konföderation bleibt es also vorläufig beim alten, da die große Mehrheit aller Mitglieder dem alten Kurs ihr Vertrauen ausgesprochen hat. Die kommunistischen „Reinigen“, die nach Moskauer Ratsschlag entstanden waren, scheinen nicht so gut gekniet zu haben, wie die Gründer erwartet hatten.

Trotz dieses Abstimmungsergebnisses darf man nicht sagen, daß der Gewerkschaftskongreß von Livorno sich abseits vom Moskauer Einfluß abgespielt hätte. Das wäre „zu schön gewesen“. Moskau hat indirekt einen großen Einfluß auf den zweiten Hauptpunkt der Verhandlungen gehabt, auf die Frage der internationalen Organisation.

Die italienische Konföderation der Arbeit gehörte bis jetzt der Gewerkschaftszentrale von Amsterdam an und bildete dort die äußerste Linke. Auf dem internationalen Kongreß, der im vorigen November in London getagt hat, haben sich die Italiener, im Verein mit den Norwegern, fast immer in der Opposition befunden, weil ihnen keine der Resolutionen radikal genug war. Ein gewerkschaftlicher Grund, diese Stellung innerhalb der zweiten Internationale aufzugeben, lag nicht vor, da die Italiener ihren oppositionellen Standpunkt innerhalb der Internationale behaupten konnten, in der Hoffnung, ihn zum Standpunkt der Mehrheit zu machen. Trotzdem hat der Kongreß von Livorno den Austritt aus der Internationale von Amsterdam beschlossen, freilich einen Austritt mit „wenn“ und „aber“, da er von der Annahme der Konföderation durch die Internationale von Moskau abhängig gemacht wird.

Ihrer logischen Verrentungen wegen ist es interessant, die Tagesordnung im Wortlaut wiederzugeben, die mit 1 254 226 Stimmen gegen 418 425 angenommen wurde.

Die Abänderung der Gerichtsverfassung

Der Kongress der Konföderation der Arbeit beschließt:
1. bedingungslos (!) der Initiative für die Erhaltung der roten Gewerkschaften beizustehen, unter Aufrechterhaltung der Verpflichtung, die die Konföderation gegenüber der sozialistischen Partei hat und unter der Voraussetzung, daß das Prinzip der gewerkschaftlichen Einheit für Staaten anerkannt werde; 2. den Austritt aus der Gewerkschaftsinternationale von Amsterdam, auf Grund der auf dem Gewerkschaftskongress von Moskau zu fassenden Beschlüsse.

Dieser Beschluß, aus einer mächtigen, über 40 Millionen organisierter Arbeiter umfassenden Organisation auszutreten, um sich an eine Moskauer Internationale anzuschließen, von der heute kaum etwas anderes befehlt, als die Absicht, sie ins Leben zu rufen, wurde vorgelesen von dem Generalsekretär der Amsterdamer Internationale, Genossen Edo Himmen, bekämpft, der unter anderem darauf hinwies, wie viel mehr die internationalen Gewerkschaften für Russland zu tun vermöchten, wenn sie weiter in der Internationale blieben, die den Vagabund gegen Ungarn durchgeführt und den Massen-transport nach Polen verhindert hat. Aber mit gewerkschaftlichen Argumenten war dem Beschluß überhaupt nicht beizukommen, da er nicht auf Grund gewerkschaftlicher Erwägungen, sondern zu ausschließlich politischen Zwecken gefaßt worden war.

Wirtschaftskämpfe und Arbeiterfragen in Amerika.

N. Y. New York. Während des Krieges gelang es den amerikanischen Gewerkschaften, eine ganze Reihe von Konzessionen und Privilegien zu erhalten. Neben diesen haben das Anwachsen der Löhne lediglich eine Folge der Inflation der Zahlungsmittel, welche die gesamte Weltwirtschaft während des Krieges kennzeichnete. — Diese errungenen Fortschritte konnten auch noch einige Zeit nach Beendigung des Krieges aufrechterhalten werden — gerade so lange, als die wirtschaftliche Hochkonjunktur in den Vereinigten Staaten anhält. Die gegenwärtige Depression hat bereits größere Ausmaße erreicht, als die Krisen von 1907 und 1914. Hunderttausende sind arbeitslos. Arbeitslosigkeit an und für sich stellt ein äußerst schwieriges Problem dar, doch diesmal ist sie begleitet von einer außerordentlich gut organisierten Kampagne des Unternehmertums gegen die Gewerkschaften.

Der Kampf des Unternehmertums geht um den „open shop“, worunter ein Betrieb zu verstehen ist, in dem Arbeiter nur nach Individualverträgen beschäftigt sind. Sein Gegensatz, der „closed shop“, umfasst nach einer Vereinbarung zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Dieser Kampf des Unternehmertums wird mit einigen Phrasen verbrämt, so „daß jedem Manne, ganz gleich, ob er einer Gewerkschaft angehört oder nicht, das Recht auf Arbeit zustehe“, und damit auch das patriotische Mäntelchen nicht fehle — wird er „American plan“ genannt, und mit diesem Appell an den Patriotismus hat das Unternehmertum innerhalb des unteilbaren Bürgerturns natürlich Bundesgenossen genug.

Während der Periode der industriellen Hochkonjunktur, wie sie noch zwei Jahre nach dem Waffenstillstand anhält, war es dem Unternehmertum nicht möglich, gegen die Arbeiterfront zu machen, da die Arbeitslosigkeit auf ein Minimum reduziert war, die Industrie zu tun hatte und die Einwanderung beinahe zu einem Stillstand gekommen war. Jetzt hat die Depression das ganze Land ergriffen, und die Einwanderung stieg in den letzten Monaten des vergangenen Jahres in starker Kurve an. Kein Wunder also, wenn viele Arbeiter in den neu-Einwandernden unheimliche Konkurrenz erblicken und ihren ganzen Einfluß zur Unterbindung der Einwanderung geltend machen. Warme Befürworter sind das heben erlassene Einwanderungsgebot an Samuel Compers, dem Vorsitzenden des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes (American Federation of Labour) und anderen Gewerkschaftsführern, wobei außer der Veranlassung um die Arbeitslosigkeit auch die Furcht vor dem Zutrom radikalere Elemente die Stellungnahme bestimmt haben wird. Denn schon die jetzt infolge der wirtschaftlichen Not eintreffende Radikalisierung der amerikanischen Arbeiterschaft bereitet den Führern des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes Sorge genug.

Über konzentrierte die Arbeiterschaft alle ihre Kräfte auf die Erämpfung von besseren Löhnen und Arbeitsbedingungen — und fragen, wie die der Staatkontrolle der Industrie und der aktiven Beteiligung der Arbeiterschaft an der Verwaltung der Betriebe laien außerhalb ihrer Horizonten. Unter den gegenwärtigen Umständen genügt diese Taktik jedoch nicht mehr. Der politische Proletariat, der Forderung der Produktion, die Verminderung der Löhne, das Anwachsen der Arbeitslosenarmee zwingen die Arbeiter, ihre Stellung zu verteidigen und für die Zukunft zu sichern.

Eine Anzahl Gerichtsentscheidungen während der letzten Wochen kennzeichnen am besten die gegenwärtige Situation und den Umschwung der Stimmung hinsichtlich der Arbeiterforderungen. So beschloß das Staatsgericht von West-Virginia die Forderung der Kohlen-Bergarbeitergewerkschaft als Sicherheit für die den Bergwerksbesitzern durch das Vorgehen der Gewerkschaft erwachsenen Schäden. ... Ein Streit der Schuharbeiter in Massachusetts, der unter anderem war, um den „closed shop“ zu erzwingen, mußte infolge des Einspruchs des obersten Gerichtshofes von Massachusetts abgebrochen werden.

Wohl die mächtigste Bewegung, um die Macht der organisierten Arbeiter zu brechen, geht von den großen Eisenbahngesellschaften aus, die in den letzten Wochen große Mengen von Betriebs- und Werkstattarbeitern entlassen haben. Während des Krieges waren die Eisenbahnen unter Staatkontrolle gestellt, und es gelang den Arbeitern, ein umfassendes System für die Befriedigung der Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern zu schaffen. Nach dem Ende der Staatsherrschaft haben sich jetzt die Verhältnisse ausschließen der großen Eisenbahngewerkschaft unter der Führung dieses Entschlusses abzubauen.

Dieses Zurückgehen auf eine Streikbewegung hat

nahm in Fortsetzung der am Freitag vertagten 2. Beratung auch die gestrige Sitzung des Volkstages voll in Anspruch. Neue Momente kamen in der Debatte nicht mehr zum Vorschein. In der Abstimmung über den ersten Artikel fand der Antrag auf Wählbarkeit der Frauen zum Richteramt gegen die Stimmen der Deutschnationalen in namentlicher Abstimmung Annahme. Auf deutschnationalen Antrag wurde die Wahl der Handelsrichter dem Richtermahlausschuss entzogen und dem Senat übertragen. Unsere Leser finden weitere Ausführungen über diesen glanzvollen bürgerlichen Umstoß gegenüber ihren eigenen Wuschkühlschüssen im Danziger Nachrichtenheft. Dann folgte eine ausgiebige Debatte über die Frage, ob Neuteich ein Amtsgericht erhalten oder ob das Gericht in Liegenhof vergrößert werden sollte. Es wurde eifrig dafür und dagegen gesprochen und schließlich dabei lokale Gesichtspunkte die Hauptrolle. Um 6½ Uhr wurde die Sitzung vertagt, da für 7 Uhr eine Sitzung des Hauptausschusses angesetzt war, zur Entgegennahme eines Berichtes des Senatspräsidenten Sahm über seine Pariser Reise. Heute, Mittwoch, soll der Volkstag außer am Nachmittag auch von 8-10 Uhr tagen, damit der Stoff noch in dieser Woche aufgearbeitet wird, um am Freitag mit den Osterferien beginnen zu können.

22. Sitzung des Danziger Volkstages

Dienstag, den 15. März 1921.

Das Haus legt nach Eröffnung der Sitzung um 3 Uhr durch den Präsidenten Raitbael die

2. Beratung der Abänderungen zur Gerichtsverfassung fort.

Abg. Pleitner (U.S.P.) bezeichnet die Vorlage für unannehmbar. Die Mitarbeit der Linken hat man im Ausschuss ausgeschaltet. In der erstrebten Abänderung des bisherigen Verfahrens der Wahl der Schöffen und Geschworenen ging man anfänglich auf die Vorschläge der Linken ein. Doch orientierten sich die Vertreter der Deutschen Partei wie auch die des Zentrums bald nach den Wünschen der Deutschnationalen. Das Zentrum hatte zur besseren Vorbereitung seines Umstoßes einige Ausschussvertreter ausgetauscht. Redner geht dann ausführlich auf die einseitige Nichtberücksichtigung der Danziger Gerichte ein und beklagt das Urteil gegen den ehemaligen Redakteur des „Freien Volks“ Gustav Schröder, sowie gegen das Mitglied Stein des Volkswirtschaftsausschusses. Auch stellt er die Urteile im Prozeß über die Vorgänge am 20. Juli gegenüber. Das unterchiedliche Strafmaß gegen den Kommunisten Schneemann, der sich der Verbindung mit der Deutschnationalen Volkspartei rühmen konnte, und gegen den Arbeiter Schütz zeige das Vorhandensein einer Klassenjustiz, die sich nach politischen Gesichtspunkten orientiere. Die in der Vorlage geplanten Abänderungen werden diese Mängel nicht beseitigen.

Abg. Dr. Neumann (D. P.) glaubt die Vorwürfe gegen die Rechtsprechung wegen einer unterschiedlichen Behandlung der Angeklagten zurückweisen zu können, wobei er durch Zwischenrufe der Linken mehrfach unterbrochen wird. Die Abänderung der Gerichtsverfassung bedeute noch keine Milderung der Strafprozedur, die dem Richter das beweisende Strafmaß an die Hand gebe. In der Wahl der Handelsrichter durch den Richtermahlausschuss läge eine Degradation dieser Richter. Die Handelsrichter müßten auf Vorschlag der Handelskammer vom Senat gewählt werden. Der Generalstaatsanwalt wäre als Beschwerdeinstanz beim Obergericht erforderlich.

Genosse Müller legt noch einmal die Gründe dar, die für die Wahl auch der Handelsrichter durch den Wahlausschuss sprechen. Bisher wären als Handelsrichter nur Vertreter der begüterten Kaufmannschaft herangezogen und der

politischen Macht zur Folge, die verdeutlicht wird durch die Niederlage aller für den Kongress aufgestellten Kandidaten, welche gegen die sogenannte „Eck-Cummings-Bill“ (die Streiks innerhalb der Eisenbahnbetriebe verbietet) opponierten, und solcher Kandidaten, die für die Verstaatlichung der Eisenbahnen waren, wie sie der Blum-Pan ausspricht.

Angesichts dieser Zustände haben der Allgemeine Amerikanische Gewerkschaftsbund und andere Arbeiterorganisationen während der letzten Wochen Schritte unternommen, ihre Kräfte zur Verteidigung ihrer Interessen zu sammeln. Die Amerikanische Gesellschaft für Arbeitergesetzgebung (American Association for Labour Legislation) hat die sofortige Annahme eines ständigen Programms für Hilfe und Unterstützung gefordert, entsprechend dem hohen in Großbritannien durchgeführten Arbeitslosenversicherungsgesetz. Die Zentralgewerkschaft des Staates New York will einen großen Fonds schaffen, um alle kämpfenden Gewerkschaften zu unterstützen.

Bergarbeiterinternationale und deutsche Kohlenlieferungen.

Aus London wird uns geschrieben:

Man darf in Deutschland nicht glauben, daß die englische Arbeiterschaft den Verhandlungen der Londoner Konferenz gleichgültig gegenübersteht. Die in unserer Industrie immer härter fühlbar werdende Wirtschaftskrise gebietet den englischen Arbeitern, die Maßnahmen zu prüfen, die die Einfuhr von Kohlen von dort her zu bringen können.

Das Generallinksbüro der Internationalen der Bergarbeiter hat in London einen Schritt gemacht, durch die Verhandlungen der englischen Gewerkschaften als Grundlage für die Abklärung der Lage der Kohlenindustrie in England. Die Verhandlungen der englischen Gewerkschaften sind in der Tat ein wichtiger Schritt, um die Kohlenindustrie in England zu retten. Die Verhandlungen der englischen Gewerkschaften sind in der Tat ein wichtiger Schritt, um die Kohlenindustrie in England zu retten.

Kohlenhandel wie auch die Handlungsgehilfen nicht berücksichtigt. Schon um hier Abhilfe zu schaffen, wäre die Wahl durch den Richtermahlausschuss notwendig.

Abg. Mau (U.S.P.) erhebt gegen die bürgerlichen Parteien und den Senat heftige Vorwürfe, daß sie hinter den Kulissen gearbeitet hätten, um die Wünsche der Linken zu hintertreiben. Als er in diesem Zusammenhang von Postenschieber und Senatschreiber spricht, ersucht ihn der Präsident, das Wort „Schreiber“ nicht so oft zu gebrauchen. Als Mau gegenüber den Senatschreibern eine entschiedene Stellungnahme der Unabhängigen ankündigt, rufen ihm die Kommunisten zu, daß er dann doch besser gleich zu den Kommunisten kommen solle. Mau entgegnet darauf erregt, daß ihm die allgemeinen Interessen der Arbeiterschaft zu wichtig wären, um in diesem Falle die Parteiluppe daran zu fesseln!

Abg. Brieskorn (Wild) befragt seine bisherigen Blockbrüder mit dem Namen Konservative. Von Fortschritt wäre bei diesen Partei nichts zu spüren und würden die bürgerlichen Parteien an ihrem Egoismus zugrunde gehen.

Abg. Schmidt (Rom.) kündigt wiederum an, daß die Kommunisten nach Eroberung der politischen Macht ebenfalls schärfste Klassenjustiz treiben würden. Er kommt im Verlauf seiner Ausführungen zu der überraschenden Feststellung, daß im Parlament immer die Mehrheit dominiert wird, und müßten die Arbeiter darum die politische Macht erobern! (Die Möglichkeit, daß die Arbeitermehrheit in der Bevölkerung auch die Mehrheit im Parlament stellt, bildet bei ihm gewiß ein unverständenes Geheimnis, so daß der Begriff politische Macht bei ihm nur als Diktatur des Proletariats eine Rolle spielt. D. Red.)

Die Abstimmung.

Der erste Satz des Artikels 1, der bestimmt, daß die Richter nach Maßgabe der Verfassung gewählt werden sollen, wird angenommen. Eine von den Deutschnationalen beantragte namentlich Abstimmung über den zweiten Satz, daß Frauen gleichfalls zum Richteramt gewählt werden können, ergibt die Annahme dieser Bestimmung mit 58 gegen 27 Stimmen der Deutschnationalen. Zum zweiten Absatz des Artikels 1, der die Wahl der Handelsrichter durch den Richtermahlausschuss vorseht, beantragen die Deutschnationalen, daß die Handelsrichter auf tatsächlichen Vorschlag der Handelskammer vom Senat ernannt werden sollen. Dieser Abänderungsantrag wird mit 47 gegen 31 Stimmen der Linken angenommen.

Amtsgericht Neuteich oder Liegenhof?

Bei Beratung des Artikels 2, der die Ausübung der ordentlichen Gerichtsbarkeit im Freistaate durch Amtsgerichte Danzig, Joppot, Liegenhof und Neuteich sowie durch das Obergericht vorseht, kommt es zu einer ausführlichen Debatte über die Zweckmäßigkeit der Errichtung eines neuen Amtsgerichtes in Neuteich oder Vergrößerung des bestehenden in Liegenhof. Hierzu liegt ein deutschnationaler Antrag vor, der von der Festlegung der Orte in der Vorlage Abstand nehmen will.

Abg. Aersch (D. P.) weist als Berichterstatter darauf hin, daß die Ansichten im Ausschuss über die Errichtung eines Amtsgerichtes in Neuteich sehr geteilt waren. Der Neubau eines Amtsgerichtes beanspruche erhebliche Kosten.

Abg. Coening (D. P.) tritt für den deutschnationalen Antrag ein, die Sitze der Amtsgerichte noch nicht gesetzlich festzulegen.

Senator Frank tritt für eine Entscheidung ein und führt die Stimmen an, die sich für Neuteich aussprechen. Anschließend spricht Abg. Hoppe-Neuteich (Z.) sehr ausführlich für Neuteich. Das Haus vertagt sich darauf um 6¼ Uhr auf Mittwoch nachmittag 2¼ Uhr mit anschließender Abend Sitzung.

englische Kohlen geht, immer stärker zurückgehen. Eine Grube, die in anderthalb Jahren 77 000 Pfund Sterling als Uebergewinn an die Reichskasse abliefern konnte, hat in dem einzigen Monat Januar 50 000 Pfund Sterling Verlust, also so viel, wie in dem ganzen Jahre vorher Uebergewinn. Eine der wichtigsten Ursachen für diesen Tiefstand der englischen Kohlenindustrie sehen die Führer der Bergarbeiter in dem Handel Frankreichs mit den großen Mengen billiger deutscher Kohlen. Man erkennt in diesen Kreisen, daß es verfehlt wäre, Deutschland Schmuckkonkurrenz durch Scheuderpreise vorzuwerfen. Man weiß sehr wohl, daß Deutschland seine Kohlen für sich behalten würde, aber durch den Versailler Friedensvertrag und das Spaer Abkommen mit wertvoller Hilfe der eigenen Regierung genötigt wird, den englischen Kohlengräbern und Kohleneignern eine noch nicht dagewesene Schmuckkonkurrenz zu bereiten und durch diese die englische Staatskasse selbst und eine der wichtigsten Gruppen der englischen Arbeiterschaft und auch den englischen Kapitalismus auf das schwerste zu schädigen. Diese Zusammenhänge der Niederdrückung Deutschlands und der schweren Wirtschaftslage in den Siegerstaaten verkennt die in England wirkende Zentrale der Bergarbeiterinternationale nicht. Das internationale Bergarbeiterkomitee hat im Anschluß an den Bericht der deutschen Delegierten über die Lage in der Kohlenindustrie gegen die Leistung von Ueberbieten im deutschen Bergbau protestiert, da diesen deutschen Ueberbieten Feuerschichten und Arbeiterentlassungen im englischen Bergbau gegenüberstehen. Das Generallinksbüro der Bergleute hat den leitenden Ministern der Ententeregierungen diesen Protest mit der Bitte, die nachfolgenden Forderungen zu ziehen, übermittelt. Lord George hat den Ernst dieser Beschwerden anerkannt und erklärt, daß diese Zusammenhänge erwogen werden sollen. Man darf annehmen, daß die Leiter der englischen Bergarbeiterorganisationen die Verringerung ihres Landes dahin drängen werden, daß im deutschen Kohlenbergbau keine Ueberbieten mehr geübt werden brauchen, solange sich die englischen Verhältnisse der Lage der Siegerstaaten gegenüberstellen lassen müssen.

Danziger Schulfragen.

Annahme des sozialdemokratischen Verbesserungsantrages.

Stadtvorordneten-Sitzung vom 15. März 1921.

Der namentliche Aufruf ergab die Anwesenheit von 26 Stadtverordneten. Späterhin folgte noch das Gaus. Auf Antrag des Stadts. Jasse wurden die drei Punkte der Tagesordnung, die

das Danziger Schulwesen

behandelten, zusammen beraten. Der Magistrat verlangte die Bewilligung von Geldmitteln für verschiedene fortschrittliche Maßnahmen auf dem Gebiet des mittleren und Volksschulwesens; ferner 16 000 Mark zur Einrichtung einer polnischen Schule in der Ritter-Lafarne. Eine Anfrage des polnischen Stadtverordneten Dreßki betraf das Schulgebäude in der Sperlingsgasse. Ein Antrag Hallenberg (Dnall.) verlangte, daß in der polnischen Schule nur in polnischer Sprache unterrichtet wird, die deutsche Sprache als Pflichtfach behandelt wird.

Eine polnische Offensiv.

Stadtv. Dreßki (P.) verteilte die Ansicht, daß die Einrichtung einer zweiten polnischen Schule reichlich spät komme. Die Ritter-Lafarne sei dazu nicht geeignet, weil sie an der Grenze der Stadt liege. Die Polen hätten Anspruch auf zwei normale Klassenmäßige Schulen. Die Mitteilungen über den polnischen Schulunterricht müßten amtlich in den Zeitungen bekannt gemacht werden. Von 1880 Kindern, die von dem polnischen Volkerrat für die polnische Schule angemeldet wurden, waren nur 210 Kinder aufgenommen worden. Die übrigen Kinder waren infolge Beeinflussung von Lehrpersonen zurückgefallen.

Stadtv. Hallenberg (Dnall.) begründet seinen Antrag mit dem Hinweis, daß in der jetzigen polnischen Schule größtenteils in deutscher Sprache unterrichtet wird, weil die Kinder die polnische Sprache nicht beherrschen. Die Polen haben ein Interesse daran, möglichst hohe Schülerzahlen zu haben, um damit im Ausland Eindruck zu machen und um deutsche Kinder zu kolonisieren. Danzig brauche für die polnischen Schulen nicht mehr zu tun, wie die Polen im früheren Westpreußen für die deutsche Schule tun. Als der Polen v. Budzinski dem Redner Unverschämtheit zurief, wird der Volksrufer zur Ordnung gerufen.

Stadtv. Scheller (Dnall.) erklärt, daß kein Mangel an polnisch-sprechenden Handelsangeestellten vorliegt.

Stadtv. v. Budzinski protestiert gegen den Ordnungsruf und wirft dem Stellvertreter des Stadtvorordnetenvorsitzes Brungen in heftigen Worten Parteilichkeit vor. Dafür erhielt der Pole den zweiten Ordnungsruf. Der Vorsitzende machte den Redner darauf aufmerksam, daß ein dritter Ordnungsruf den Ausschluß von der Stadtvorordnetenversammlung zur Folge haben kann.

Förderung begabter Volksschüler und -schülerinnen.

Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion verlangt, daß statt der in der Magistratsvorlage vorgesehenen Übernahme von 12 Mädchen aus der Volksschule in die Mittelschule, die Zahl von 50 und die gleiche Anzahl für Knaben.

Stadtschulrat Dr. Strunk verwies auf die Schwierigkeiten bei der Beschaffung geeigneter Schulräume. Viele Eltern haben ihre Kinder aus der polnischen Schule zurückgenommen. Von den Schulaufnahmeanträgen des polnischen Volkstrates mußte ein Drittel gestrichen werden, weil die Eltern falsch informiert waren. Die

Rektoren sind verpflichtet, festzustellen, ob die Knaben von polnischen Erziehungsberechtigten stammen. (Widerspruch bei den Polen.) Wie werden durch den Volkstrat die gleichen Bestimmungen beschließen, wie sie in Polen für die deutschen Schulen erlassen worden sind. Dann liegt kein Grund zur Beschwerde mehr vor. Der Unterricht in der polnischen Schule werde in allen Fächern erteilt sein.

Stadtv. Gebauer (M. S. P.) erklärte, daß bei einer Gesamtschule von 20 000 Schülern die Übernahme von 12 Schülerinnen in die Mittelschule eine Verhöhnung sei. Seine Fraktion werde dem sozialdemokratischen Antrag zustimmen. Redner wendet sich gegen die Verwendung der Schule Althof als Mittelschule.

Stadtschulrat Dr. Strunk: Durch den Rückgang der Zahl der Schulpflichtigen wird die Schule in Althof frei. Die Verlegung der Katharinens Mittelschule ist aus gesundheitlichen Gründen geboten. Wenn jedes Jahr 12 begabte Mädchen aus der Volksschule in die Mittelschule aufgenommen werden, so ist in 5 Jahren die Zahl auf 60 gestiegen. Im vorigen Jahre hat sich gezeigt, daß die vorgesehene Zahl von 30 zu hoch gegriffen war: soviel begabte, unermittelte Mädchen waren nicht vorhanden.

Stadtv. Duntz (P.) spricht über die Vorteile vielseitiger Sprachkenntnisse.

Die geringen Leistungen der Volksschule.

Stadtv. Gen. Grünhagen erklärt, daß er sich in den Sprachstreit nicht einmische. Was notwendig ist, ergibt sich von selbst. Wenn polnische Schulen ein Bedürfnis sind, soll man sich nicht dagegen sträuben. Notwendig ist, daß auch den deutschen Kindern die Gelegenheit zur Erlernung der polnischen Sprache im weitesten Umfange gegeben wird. Die Verlegung der Mittelschule nach Althof ist keine glückliche Lösung der Schulraumfrage. Diese Schule war für die Niederstadt bestimmt. Die Mittelschulen müßten im Stadtkern liegen. Außer den 50 Mädchen müßten auch 50 Knaben jährlich aus der Volksschule in die Mittelschule überführt werden. Wenn sich im Vorjahre nicht genügend begabte Kinder gefunden haben, so beweist das den schlechten Stand unserer Volksschulen. Die Volksschulen in Hamburg und Bremen stehen unseren Mittelschulen gleich. Man solle möglichst vielen Kindern eine bessere Schulbildung geben. Die Zahl 12 gibt kein richtiges Bild, deshalb ist die Zahl 50 einzusetzen. Er weist sich die Zahl 50 zu hoch, so kann man damit später heruntergehen. Der wohlwollende Prüfung läßt sich die Zahl 50 erreichen. Es kommt darauf an, welcher Geist bei der Prüfung obwaltet.

Stadtv. v. Budzinski kann sich über den Ordnungsruf nicht beklagen. Auf seinen Wunsch findet eine Abstimmung statt, bei der die bürgerliche Mehrheit die Zulässigkeit des Ordnungsrufes bekräftigt. Redner vertritt die Ansicht, daß Dr. Strunk die besten Absichten habe, die untergeordneten Stellen jedoch den Anweisungen entgegen handeln.

Stadtv. Jasse (M. S. P.) betont die Schwierigkeit bei der Beschaffung von Schulräumen und findet es eigenartig, daß in polnischen Schulen in deutscher Sprache unterrichtet wird. Wir müssen uns dagegen verwahren, daß die deutsche Sprache mißbraucht wird, um Danzig zu polonisieren. (Zwischenruf bei den Polen: Das kommt so wie so!) Redner antwortet, daß wir uns dann mit Recht dagegen wehren. Die Angriffe des Stadts. Grünhagen müsse er zurückweisen. Die Danziger Volksschule habe zwar Mängel, z. B.

hat sie nur sechs Klassen. Ferner könne die Schulentlastung schon nach 7½ Jahren erfolgen. Bei einer Untersuchung des preussischen Volksschulwesens durch das Kultusministerium habe Danzig schlecht abgeschnitten. Als auf Wunsch des Ministers nach den Ursachen geforscht wurde, habe sich ergeben, daß die mit so wenig befriedigendem Resultat geprüften Schüler aus Chra, Gmaus und den anderen Vororten stammten. Das Schulwesen in den Vororten habe immer zu großen Mängeln gegeben. Redner sprach dann zum Antrag Grünhagen. Die Zahl 50 schien ihm zu hoch. Es würde sich empfehlen, in dem Antrage 5 bis 60 zu setzen. Die Deutsche Partei werde aber auch für den sozialdemokratischen Antrag stimmen, um sich nicht dem Vorwurf der Willkürselbstherrlichkeit auszuliefern.

Stadtv. Kunze (M. S. P.) tritt für den Antrag Grünhagen ein. Nur 18 Prozent der Schulkinder werde dadurch gehalten. Wenn nicht genügend tüchtige Kinder vorhanden wären, so liege das nicht an der Intelligenz der Kinder, sondern an den Lehrern. In Bezug auf die Kosten, daß die Kinder und den preussischen Provinzialen hier hinter ihren Altersgenossen zurückgeblieben waren.

Stadtv. Hallenberg (Dnall.) erklärt, daß er mit der hiesigen Volksschule auch nicht zufrieden ist. Im Westen und Süden Deutschlands liege die Arbeiterklasse kulturell und wirtschaftlich höher als im Osten. (Zurufe: Warum? Durch die Schuld der Junker!) Der Tiefstand der Volksschule sei eine Folge der Existenz der Mittelschulen.

Stadtv. Thrun (S.) behauptet, daß der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion.

Stadtv. Gen. Borchert macht darauf aufmerksam, daß bei Annahme des Antrages seiner Fraktion jährlich aus jeder Schule nur zwei Kinder auf städtische Kosten die Mittelschule besuchen. Das könne keine Schwierigkeiten machen. Andernfalls wäre das ein schlechtes Zeugnis für den Lehrkörper. Die Rückständigkeit der hiesigen Volksschulen gegenüber denen des Westens liege zum Teil daran, daß hier der Lehrplan mit zuviel Ballast beschwert sei. Tatsache ist, daß es vielen Kindern trotz des achtjährigen Schulbesuches nicht möglich ist, einen Gedanken schriftlich niederzulegen. Redner gibt der Erwartung Ausdruck, daß der sozialdemokratische Antrag einstimmig angenommen wird.

Stadtv. Fr. Meyer (Dnall.) wünscht, daß alle begabten Kinder in die Mittelschulen aufgenommen werden.

Stadtv. Gen. Grünhagen erklärt, daß seine Fraktion ihren Antrag unverändert aufrecht erhält. Die Einführung des Wörtchens „bis“ würde eine Abkürzung bedeuten. Wenn man im Vorjahre die Zahl 30 nicht erreicht habe, dann sei der angelegte Wahlstab zu hart gewesen. Jetzt solle man verfahren werden. Alle Kinder der Volksschulen könne man zu den Bestreuten rechnen.

Stadtschulrat Dr. Strunk weist darauf hin, daß in Danzig angeblich etwa 24 000 Kinder die Volksschule besuchen. Bei der Förderung von begabten Kindern kämen in jeder Volksschule zwei Klassen mit zusammen 8500 bis 4000 Kindern in Betracht. Die Volksschule habe im Vorjahre durch Einführung von englischen Unterricht in vier Schulen eine wesentliche Förderung erfahren. Das Ergebnis, das hierbei erzielt worden sei, ermittle zu weiterer Fortschreiten. Ferner sei an zehn Schulen der polnische Unterricht eingeführt worden.

Damit wird die Aussprache geschlossen und zur Abstimmung über die einzelnen Abschnitte der Magistratsvorlage geschritten.

Der Einrichtung von Hauswirtschaftsunterricht in den Mädchenschulen in Schidlich und Neufahrwasser wird zugestimmt und die Kosten in Höhe von 22 000 Mark bewilligt.

Der Antrag des Magistrats auf Förderung von 12 begabten Volksschülerinnen wird durch die Annahme des sozialdemokra-

Hausfrauen, verlangt nur

Dr. Detfer's Backpulver



Der Sternsteinhof.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Angenruber.

(Fortsetzung.)

17) Daß ihn die Dirne gesehen habe und ihm nun gesittet über den Weg laufe, das galt dem Burtsche für ausgemacht, doch empfand er diesmal keine freudige Überraschung darüber, er fühlte sich vielmehr bange und bekümmert, einen Augenblick wünschte er sogar, sie möchte nicht gekommen sein, doch weil sie es war, achtete er bald auf nichts mehr, als mit ihr zu gehen, die Hand auf der Straße da unten sich fortbewegte, gleichen Schritt zu halten.

Nähe, wo der Steig endete, führte er hinter den Büschen knapp am Rande des Pades dahin; dort blieb der Burtsche einen Augenblick stehen, mit verhaltenem Atem und ohne Regung, damit er nicht unversehens an einen Zweig des Strauchwerks rühre, der ihn deckte. Nur durch das schmale Bett des Wassers getrennt, ihm gerade gegenüber lag die Dirne auf einem Erdauflauf der Schuh mochte sie wohl gedrückt haben, sie hatte ihn ausgezogen und schüttelte ihn, dann zog sie ihn wieder an, streckte den Fuß zierlich vor und loderte ihr Strumpfband, darauf erhob sie sich und schritt rasch in den Tann, hinter dessen schlanken Stämmen sie verschwand. Folgte die kurze Strecke Weges bis an den Bach zurück, ließ über den Baumstamm, der da statt einer Brücke diente, und sah nahe im toten Walde Helene erwartend stehen. Er ging entschlossen auf sie zu.

Sie ließ ihn ruhig auf drei Schritte herankommen, dann waarf sie mit dem einen Arm den Kopf von der Schulter zur Erde und streckte den anderen gegen ihn aus. „Das muß einmal ein Ende haben“, rief sie.

„Das mein ich auch“, sagte der Burtsche und nickte dazu ernst mit dem Kopfe.

„Ganz offen gesagt“, fuhr sie fort, „heut hab ich dich wohl von der Höhe da herkommen gesehen, und es drauf angiekt, daß ich mit dir zusammenraffe“, weil mir dein Nachkommen durch 'n Ert und ewig Angaßer in der Kirche hie schon einmal 'adummt wird! Hält' bei dir mit, wenn mer, was dich angeht, kurz und bündig in eine Sprüche sagt, brauchst du zum Verleihen leicht ein Predigt v. 'n Atanot?“

„Red dich aus, red dich nur aus“, sagte Toni, indem er vor sich zu Boden sah.

„Du bildest dir wohl ein, du wärst gar ein besonderer und alle anderen gering gegen dich? Freilich, du bist der einzige Sohn vom reichen Bauer aus Sternsteinhof und selber einmal der Herr d'rauf, halt ja, das bist du, aber deßwegen brauchst du doch mich nicht für ein schlechtes Mensch zu halten!“ Sie hatte unterdem von den nahebeienden Bäumen dichte Äste abgebrochen und neben dem Korb hingeworfen, jetzt schlang sie eine dünne Gerte in der Hand und führte damit einen Aufstoß gegen den Burtschen. „Halt' mich leicht mit dafür!“

„Wie kam ich auf den Gedanken?“ sagte er kleinlaut, ohne den Blick vom Boden zu erheben.

„Bist noch nit d'rauf kommen, so helf ich dir d'rauf! Was willst mit all deinem Nachlaufen und Aufdringlichkeiten bezwecken, als daß ich den Burtschen, der es ehrlieh mit mir meint, lahren lassen sollt, dir zu Lieb, der es nit in Ehren meint, nit in Ehren meinen kann, noch darff!“

Toni blinnte auf. „Wieso nit dank und mit darff?“

„Dumme Frag“, zürnte die Dirne. „Nimm du mich nur nit für gleichermas so dumm und ehrvergessen, daß ich dir ein G'hörschen und dabei übersehen könnt, wie groß und breit der Sternsteinhof zwischen uns Zween liegt, von wo ich niemals Hoffnung hab aus einer Fensterlaube auf Zwischenbühel herunterzuschauen. Jetzt weilt mein Meinung und von heut, bitt ich dir aus, bleib von mein Weg'n und schau in der Kirche, wohin zu schauen hast, wenn dich die frommheit hinführt, nach dem Altar und nach der Kanzel, aber nit nach den Weiberbänken; meinetwegen auch dahin, aber nach einer andern.“

„Bist fertig? So hör auch mich an. Ob ich gegen andere stolz bin, kommt da nit in Frag, du hast dich in deere Fingst gewis nit über mich zu beklagen; wär ich nur halb so abelnehmerisch wie du, so laust ich jetzt wohl schon heulau, abrigens geschichts weder aus Demutigkeit, noch zu ich mir ein Zwang an, daß ich dir Stand halt, es is mir zu drum, daß ich dich seh und hör und hast kein freundlich Gesicht und kein gut Wort für mich, so nimm ich auch mit ein küssen und mit unbescholtene Worte und darff, daß ich

dich gern hab, kann ich just so wenig wie der Herzogtümmer, undst also nit, du nimmst mir es abler auf und lägest mir es anders aus wie dem.“

Helene hob die runden Schultern.

„'s ist deiner Ehr nit 'n geringste Abbruch, wann du dich mit-leidig beziehest zu mir.“

Helene runzelte die Brauen. „Du Narr, du, seh dir seine Dummheiten in' Kopf, so fehlt dir gleich nit!“

„Halt schon recht, wenn du es ein Dummheit nennst und ein' eimächtige dazu! Ähst, was du dagegen vorgebracht hast und mehr noch, hab' ich mir selber gesagt, mich zu Anfang genug dawider gesperrt und gespreizt und doch hast mich unterkriegt, daß ich mich jetzt nimmer ausweih. Voni, mein Seel und Gott, auf dein Red vorhin, daß der Sternsteinhof zwischen uns Zween stund, hätte mir einer sagen können, derelbe wär niedergebrennt bis af'n Grund, mir wär's nit nah'gekommen.“

Die Dirne lachte laut auf. „Das kannst ja erproben. Zünd' ihn an!“

„Das ist ein sündhaff Reden. In Watershaus wird doch keiner Feuer anlegen.“

„No, mein' nur nit, daß ich dich dazu anstiften möcht! Ich wollt dir nur weisen, daß 's schließlich doch allweil af mein fröhers Zagen hinausläuft, und jed's weitere Reden zwischen uns überflüssig is. Hättest du dein' Hof eben nit, könnt mer dir a ehrlieh Absicht zutragen, so bist du aber der Toni vom Sternsteinhof und die Dirne, die sich mit dir einfaßt, vergibt sich von vornherein.“

„Als ob ich's — wie ich bin — nit ehrlieh meinen könnt! Af'm Sternsteinhof bleib' nit allweil so bestell wie jetzt, kann auch eine Veränderung eintreten.“

„Wenn dein Vater sterbet, meinst?“ Die Dirne sah ihm bei der Frage scharf in die Augen.

Er wandte sich ab. „Ich wünschte ihn den Tod nit, bewahr' aber gesagt.“

„Der Mann is noch nit so alt, daß er von heut' af morgen stirbt; der kann's noch ein' Reich von Jahr'n in mitschauen. Gloubte kann, daß du eine sündst, die sich, daß rauf zuwarten, einlaßt.“ (Fortsetzung folgt.)

Wiederlage der Kommunisten in Frankfurt a. M. Zu der
Kommunalparlamentarischen Versammlung der Verwaltungsklasse Frankfurt a. M.
des Frankfurter Arbeiterbundesverbandes hatten die Kommunisten alle
zum Aufgehen und bereits eine Stunde vor Arbeitschluss die
Stimmen abgegeben, um den Saal rechtzeitig besetzen zu können. Für
den Rest der Sitzung enthielt die kommunistische Vorklassliste Namen, nur
den Namen des Kandidaten nicht. Im Wahl der Ortsverwaltung
der Sozialdemokratischen sowie der Arbeiter- und Jugendkommissionen
ergab den Sieg der Liste der vereinigten Vertrauensleute. Der
heutige Beschlusseinstellung. Keine Änderung wurde mit über 1600
Stimmen gegen etwa 800 kommunistische Stimmen wiedergewählt.
Nur der bisherige Kandidat für die Kommission, auf den 2000 Stimmen
entfielen. — In Kommunalparlamenten, die bis jetzt drei Mandate im
Verwaltungsklassenrat inne hatten, wurden nicht wiedergewählt.

Danziger Nachrichten.

Sahms Bericht an den Hauptausschuß.

Der Senatspräsident Sahm erstattete gestern dem Hauptausschuß des Volksrates Bericht über seine Vorleser Reise. Darüber wird folgendes geschrieben:

Zunächst machte Sahm Mitteilung über die Verpflichtung Tausch zur Uebernahme eines Teiles der Fortschulden des Reichs und Preussens, wozu keiner der anwesenden Vertreter des Reichs und Preussens, weder der Reichspräsident noch der Reichskanzler, eine Erklärung abgegeben hat. Der Reichspräsident hat nämlich ausdrücklich die gegenwärtige Zusammenkunft des Reichs, des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers der hauptamtlichen Senatoren.

Die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, der Unabhängigen wie auch der Kommunisten haben die Gelegenheit nicht entlassen, den bürgerlichen Vertretern zu sagen, daß sie schuld daran haben, wenn der Reichspräsident eine Erklärung der Verfassung nach dieser Richtung hin verweigert. Denn sie haben die Angelegenheit des Reichsfortschulden, einen kleinen Nebenpunkt, parlamentarisch verhandelt. Der Reichspräsident hat die Angelegenheit nicht verhandelt, sondern sie hat sie nur als einen kleinen Nebenpunkt behandelt. Der Reichspräsident hat die Angelegenheit nicht verhandelt, sondern sie hat sie nur als einen kleinen Nebenpunkt behandelt.

Mahn erkundigte sich nach dem gegenwärtigen Stand der Danzig-polnischen Wirtschaftsverhandlungen. Der Senator Dr. Jähn gab eine ausweichende Antwort.

Auf wiederholte Drängen der sozialdemokratischen Vertreter und der Kommunisten befragte ihn Dr. Jähn den Schleier etwas zu lüften. Er sprach davon, daß es 18 Kommissionen gibt, die ihre Arbeiten noch nicht abgeschlossen haben, daß Polen eine einheitliche Wirtschaftspolitik haben will, ohne die es keinen Vertrag aufstellen können. Um Polen zu veranlassen auf Grund des Artikels 37 der Konvention mit Danzig über die Verwaltung von Lebensmitteln zu verhandeln. Auf eine weitere Frage ob und welche Richtlinien den Danziger Unterhändlern nach Warschau mitgegeben seien, antwortete Dr. Jähn: es sei den Unterhändlern gesagt worden, daß sie die Danziger Staatsinteressen vertreten sollten. Die laubare Antwort mußte ganz eigenartig an. Genosse Gehl wies den Senat auf das ungenügende einer solchen Antwort hin. Er warnte den Senat in diesem Sinne fortzuführen und verlangte von ihm, daß er vor jeder Unterhandlung zwecks Abschluß von wichtigen Verträgen mit dem Hauptausschuß beim den Parteiführern Rücksprache nimmt, um gemeinsamen Grundriss für die Verhandlungen aufzustellen. Es ging auf keinen Fall an, daß die gewählten Vertreter des Danziger Volkes von dem Senat vor vollendete Tatsachen gestellt würden. Aus kurzen Ausführungen des Senats-Vizepräsidenten Jähn konnte man schließen, daß bereits vor dieser offiziellen Sitzung Unterhandlungen mit den Danziger Unterhändlern stattgefunden haben und daß diese mit der vom Senat beabsichtigten Geheimdiplomatie einverstanden sind. Die Ausfrage über diesen Gegenstand hat ergeben, daß die polnischen Vertreter mit fix und fertigen Vorlesungen an den Verhandlungstisch getreten sind, während andererseits die Danziger Unterhändler absolut keine Vorlesungen mitbrachten. Hier muß unbedingt Wandel geschaffen werden und sollte der Senat die Volkvertretung nicht wieder derart belästigen. Der Schaden in solchen Fällen hat nur die Bevölkerung zu tragen, mit ihrem Wohl und Wehe nicht so leichtfertig umgegangen werden darf.

Die Abchiebung des Genossen Fröngel.

Bereits die Vorgänge am 29. Juli vorigen Jahres sollten dem Staatrat und den hinter ihm stehenden Reaktionskreisen den ersten Anlaß zur Verleumdung des Sozialdemokraten Fröngel als Polizeipräsidenten bieten. Von Beginn seiner Amtsübernahme, mit der nur ein gewissermaßen schäblicher Versuch der Demokratisierung der außerordentlich rückwärtig orientierten Danziger Verwaltungsgeschichte gemacht wurde, war Genosse Fröngel den Anhängern der alten Richtung ein Dorn im Auge und sie waren gewiß stark enttäuscht als der Staatrat seine so hoffnungsvoll begonnene Aktion auf Verleumdung des ihnen so äußerst unangenehmen Eindringlings so ergebnislos verlaufen ließ. Der unter deutschnationaler Führung stehende Bürgerblock war sich aber sicherlich wohl kaum eine Stunde im Zweifel, daß er das große Werk der Reinigung der höheren Verwaltung von Sozialdemokraten und besonders die Befreiung des Genossen Fröngel durchzuführen habe. So hat man dann bei der Neuorganisation des Polizeiwesens schon von vornherein darauf Bedacht genommen, diese Wache zu vernichten und dieser Tage nun auch dem Genossen Fröngel eröffnet, daß seine Uebernahme als Polizeipräsident infolge der Neuordnung nicht in Frage komme. Der vorgezeichneten Verwaltungspolizei soll, wie weiter mitgeteilt wurde, nur ein Polizeidirektor vorschicken und soll dieser Posten durch einen vorgebildeten Verwaltungskandidaten besetzt werden. Mit dieser Wuthierung soll der Verleumdung Fröngels für die Öffentlichkeit ein in aller abschließender Klarheit stehendes Mitleiden umgehängt werden. In Wirklichkeit ist dahinter jedoch nur der alte Marx versteckt, den man durch die bereits darauf eingestellte Neuorganisation der Polizei reaktivieren will als bei dem ersten Versuch zur Demokratisierung bringt. Im übrigen bedarf diese reaktionäre Gangart des Senats nach einer ausführlichen Beleuchtung, die wir uns heute leider ersparen müssen.

„Senatschleber“.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben:

In der gestrigen Vollversammlung des Volksrates gebrachte ein Abgeordneter der Opposition den als Ueberschrift gewählten Ausdruck, um damit gewisse Maßnahmen des gemeinsamen Senats zu charakterisieren. Diese Bezeichnung des Senats, die in derselben Rede zweimal erfolgte, wurde zwar von dem Präsidenten des Hauses als unparlamentarisch bezeichnet, trifft aber durchaus zu. Denn der Senat war es, der seinen Einfluß auf die Blockparteien anlässlich der Hausfrage betrug. Das Generalkommando, in dem Augenblick geltend machte, als es hieß „Männerstolz vor Königsthronen“ zu bewahren, nämlich dem Oberkommissar zu sagen, daß der Volksrat solange im Generalkommando bleibt, bis die Entscheidung der Verteilungskommission gefallen sei. Die bürgerliche Mehrheit, die anfänglich diese Meinung vertrat, fiel auf Befehl des Senats glatt um und räumte das Gebäude vorher.

Im Verfassungsausschuß beschloß die Mehrheit in der Kammer zum Verfassungsausschuß Bestimmungen über die Wahl der Schöffen und Geschworenen aufzunehmen. Zwischen der zweiten und dritten Lesung dieser Vorlage stießen die zur Mehrheit gehörenden Vertreter des Zentrum und der Deutschen Partei um und halfen die so notwendigen Bestimmungen über die Wahl der Schöffen und Geschworenen wieder aus der Vorlage entfernen. Das kann nur in Folge des Eingreifens des Senats geschehen sein, denn anders läßt sich diese widersprechende Haltung der bürgerlichen Vertreter nicht erklären. Es ist dies ein v.berliches Schauspiel dieser Kuchenspieler und ein Spiel mit den Interessen der Danziger Bevölkerung, das zum schärfsten Protest herausfordert. Deshalb ist die obige Kennzeichnung des Senats durchaus gerechtfertigt.

Die bürgerliche Mehrheit des Volksrates nahm gestern auch einen deutschnationalen Verschlechterungsantrag zum Verfassungsausschuß an, wonach die Handelsrichter auf Vorschlag der Handelskammer vom Senat ernannt werden sollen. Der Verfassungsausschuß hatte mit großer Mehrheit beschlossen, die Handelsrichter vom Richterwahlausschuß wählen zu lassen. In dieser Frage sind die Vertreter der bürgerlichen Parteien, die an dem Beschluß des Verfassungsausschusses mitgewirkt haben, von ihren eigenen Genossen im Plenum im Stich gelassen worden. Wenn das so weiter gehen soll, so wäre es besser, die Kuchenspieler aufzulösen. Denn um Komödie zu spielen, ist uns unsere Zeit viel zu kostbar. Wenn bürgerliche Vertreter dazu auch weiterhin ein Bedauern haben sollten, so mögen sie sich ein anderes Betätigungsfeld aussuchen.

Die Erhöhung der Gehaltsgrenzen im Handelsgesetzbuch.

Bekanntlich sind im § 67 des Handelsgesetzbuches die Kündigungsfristen für die kaufmännischen Angestellten geregelt. Nach § 68 wird bestimmt, daß die gesetzliche Vorschrift über die Kündigungsfristen keine Anwendung findet, wenn der Handlungsgehilfe ein Gehalt von mindestens 5000 Mark für das Jahr bezieht. Durch das sogenannte Kontur-Entlassungsgesetz vom 10. Juni 1914 sind die früheren Bestimmungen der §§ 74 und 75 HGB zugunsten der Handlungsgehilfen abgeändert worden, doch sollen diese günstigeren Bestimmungen nicht für diejenigen kaufmännischen Angestellten gelten, deren Gehalt den Betrag von 8000 Mk. im Jahre übersteigt. Infolge der außerordentlich stark gesunkenen Kaufkraft des Geldes sind die Gehaltsverhältnisse in den letzten Jahren wesentlich anders geworden. Es dürfte zu den Selbstkosten gehören, daß kaufmännische oder technische Angestellte ein Einkommen von unter 8000 Mark bzw. 8000 Mark im Jahre haben. Es besteht deshalb bei den gesetzgebenden Körperschaften die Absicht, die hier erwähnten Gehaltsgrenzen zu ändern. Wie uns mitgeteilt wird, ist von gewerkschaftlicher Seite beim Senat beantragt, sowohl im § 68 des Handelsgesetzbuches wie auch in dem für die technischen Angestellten geltenden § 133 der Gewerbeordnung die Gehaltsgrenze für eine anderweitige als gesetzliche Regelung der Kündigungsfristen auf 80 000 Mark und die Gehaltsgrenze für die Vergünstigung aus den Wettbewerbsbestimmungen (§§ 74 und 75) des HGB auf 40 000 Mark festzusetzen.

Ueber die Danziger Frage vor der Wiedergutmachungskommission sowie über die gestrige Sitzung des Hauptausschusses des Volksrates, in der Senatspräsident Sahm über seine Pariser Reise berichtete, sind uns erst kurz vor Redaktionsschluss zwei längere offizielle Mitteilungen zugegangen, deren Wiedergabe wir leider bis morgen zurückstellen mußten.

Schwerergericht. Als letzte der Verhandlungen der Schwurgerichtshöfe hatten die Geschworenen über eine Anklage wegen Körperverletzung mit nachfolgendem Tode abzuurteilen, die sich gegen die Landarbeiter Gebrüder Franz Gerdel aus Panschau und Jakob Gerdel aus Panschau richtete. Sie waren beschuldigt am 29. November vormittags ihren Schwager, den Arbeiter Bloß aus Panschau gemeinsam mit einem gefährlichen Werkzeug, einer eisernen Schaufel, körperlich mißhandelt zu haben, daß Bloß nach drei Wochen den erlittenen Kopferletzungen erlag. Es handelte sich dabei um einen Familienzwist zwischen ländlichen Arbeitern, der sich infolge von Ratscheren schließlich in bitterer Feindschaft zwischen den Brüdern und ihrem Schwager, der mit Franz G. zusammenarbeitete, zuspitzte. Am Tage vor der Tat hatte Jakob G. seinen Bruder in Panschau besucht und war die Nacht über dort geblieben, um am nächsten Tage mit dem Zuge nach Hause zu fahren. Am nächsten Morgen trafen Franz G. und Bloß bei der Arbeit zusammen und der Streit über ein seit einigen Tagen bestehendes Weibergewalt erhöhte die Gemüter derart, daß Bloß schließlich mit einer eisernen Schaufel auf Franz G. losging. Darüber kam Jakob G. hinzu, stieß Bloß zu Boden, entließ ihm die Schaufel und verfeigte ihm dabei die Kopfhaare, die schließlich zu dessen Tode führten. Franz G. soll sich an dem Handgemein beteiligt haben. Geheimer wurden mildernde Umstände festgestellt, worauf er zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde, während Jakob G., den die Sache eigentlich recht wenig anging, zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

Zur obersten Abstimmung ist heute der zweite und letzte Transport der deutschnationalen Oberschleier aus Danzig abgegangen. Der Dampfer „Orilla“ führte auch diesmal wieder circa 200 Frauen und Männer nach Evinenünde, von wo aus der Transport mit der Bahn ins Abstimmungsgebiet erfolgt. Eine tausendköpfige Menge hatte sich am Danziger Eingangsdenkmal versammelt und wurde von der Danziger Polizei in der Richtung auf den Weg, daß die Abstimmung Oberschleien bei Deutschland erhalten möge.

Zur Regelung des Luftschiffverkehrs hat der Senat eine Polizeiverordnung erlassen. Die Verordnung enthält Bestimmungen über die Zulassung von Luftfahrzeugen aller Art im Verkehr des Gebietes des Freistaates. Als Kennzeichen haben alle hier zugelassenen Flugzeuge auf der oberen und unteren Tragfläche, sowie am Seitenruder rechts und links zwei untereinander liegende rote Kreuze im weißen Feld und am Rumpf zu beiden Seiten das Eintragungszeichen des Flugzeuges mit schwarzer Schrift auf weißem Grunde zu tragen. Die Größe der beiden Kreuze an den Tragflächen muß mindestens 1/2 der Flächenbreite betragen, bei dem Seitenruder muß es so groß wie möglich sein. Funkentelegraphische Einrichtungen, Vorfahrten und Lichtsignale dürfen ohne besondere Genehmigung nicht mitgeführt werden und ist auch die Beförderung von Explosivstoffen, Waffen und Munition zur Luft verboten. Jede Ausfahrt von Luftschiffen zwecks Abwurf von Flugblättern bedarf vorheriger Genehmigung. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit entsprechender Haft bestraft.

Danziger Stadttheater.

Engagements-Gesellschaft: „Der legende Holländer“.

Für die neuzubehenden Fächer der jugendlich-dramatischen Sängerin und des 1. Bassisten hatte die Direktion des Stadttheaters Käthe Trach aus Frankfurt a. M. und Alfred Blachmann aus Berlin zu Probegastspielen entboten. Die Kardinalfrage für uns ist, festzustellen, ob die Gäste einen wesentlichen künstlerischen Erfolg für die vorhandenen Kräfte bieten. Sie läßt sich nach den gestrigen Abenden um gleichen Leistungen der Gäste mit unbedingtem Reiz beantworten. Zunächst war Alfred Blachmanns Daland einer mittleren Provinzbühne durchaus würdig. Seine Stimme ist Dr. Schraders insofern überlegen, als sie ausgesprochenen Charakter hat. Doch das ist auch das einzige. In den Tiefen gibt sie wenig her. Als empfindliche Stimmung machte sich sodann die Singmanier des Gastes bemerkbar, das Hinabschleppen des Tones bis zum Sitz und seine zuweilen nasale Färbung. Inwiefern letzteres auf Indisposition zurückzuführen ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Darlebenslich war der Sänger, der schon in Erfurt umfangreich Repertoire gelungen hat, gleichfalls durchaus solide — aber auch nichts mehr.

Garnicht in Betracht für uns kommt Käthe Trach, die gesanglich noch derart in den Rinderbüßen steckt, daß man nur ihr künstlerisches Selbstbewußtsein bewundern muß, um diese Senta vorzuführen. Sollte sie aber eine so geringe Meinung von der Danziger Oper haben, so dürfte ihr das gestrige Gastspiel doch gezeigt haben, daß es noch nicht ganz so schlimm steht, wie es im Reich das Gerücht zu sein scheint. Es lohnt sich deshalb wirklich nicht, näher auf ihre Leistung einzugehen, obwohl sie darstellerisch manche feine Züge aufweist, die auf Veranlassung an einer gepflegten Opernbühne schließen ließen. In dieser Hinsicht trat sie merklich in Gegensatz zu Fritz Steins Erich, der ganz und gar zu vergessen schien, daß sein Weg zu Senta über Bille, Schmerz und Warnung geht. Was er daraus machte, war ein brutaler Forderer, grob und dreist, der sich, nachdem er Senta zugesprochen hat: „Mein Weiden, rührt es dich nicht mehr!“, garnicht zu wundern braucht, wenn sich die Geliebte von ihm wendet: Stillstehe, Herr Stein, psychologische Erfassung erst gibt einer Bühnenleistung letzte Werte, und nicht lediglich organische Kraftentfaltung. W. D.

Eine Theateraufführung des Arbeiter-Bildungsausschusses findet nach längerer Zeit am kommenden Sonntag im Neuen Operetten-Theater statt. Zur Aufführung gelangt Williberts Operette „Der Bettelstudent“. Wenn der Arbeiter-Bildungsausschuß wieder einmal eine Operette zur Aufführung bringen läßt, so erfüllt er damit sicherlich zahlreiche Wünsche aus dem Kreise der organisierten Arbeiterschaft. Der Veranstaltung ist um so mehr ein volles Haus zu wünschen, als „Der Bettelstudent“ eine der wenigen Operetten ist, deren Besuch über die Ansprüche einer bloßen Unterhaltung zu empfehlen ist. Da die Nachfrage nach Eintrittskarten bereits rege eingelegt hat, ist baldige Entnahme in den gestern im Inseratenteil mitgeteilten Vorverkaufsstellen zu empfehlen. Der Durchschnittspreis für die Karte beträgt für alle Plätze nur 3 Mark.

Abbruch eines Schiffsatzzeichens im Durchfl. Nach Mitteilung des Hafenbauamtes an die Handelskammer ist die hölzerne Landmarke auf der hohen Düne nördlich des Dorfes Basemart (5 Kilometer östlich der Weichselmündung bei Schiemenhorst) abgebrochen worden und wird nicht wieder errichtet.

Polizeibericht vom 16. März 1921. Verhaftet: 18 Personen, darunter 4 wegen Diebstahls, 9 wegen Verdachts des Straßenraubes, 3 zur Festnahme aufgegeben, 9 in Polizeihast.

S. P. D. Parteinachrichten.

2. Bezirk. Donnerstag, den 17. März, abends 8 1/2 Uhr in der Handels- und Gewerkschule. In der großen Halle (Eingang Büttcherstraße) Zimmer 6: Bezirksversammlung. 1. Vortrag des Genossen Wladaw: Die Bedeutung der Mittelschulen. 2. Verschiedenes.

5. Bezirk. Mittwoch, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Kresin, Brunshöfer Weg 35: Bezirksversammlung. Vortrag: Die Bauwirtschaft der Kommunisten. Referent: Gen. Knauer.

Vertrauensleute der S. P. D. Die Karten für die Sonderaufführung des Arbeiter-Bildungsausschusses im Neuen Operetten-Theater „Der Bettelstudent“ können ab heute auf dem Parteibureau 4. Damm 7, 2. Et., in Empfang genommen werden.

Verein Arbeiterjugend Danzig. Heute, Mittwoch, abends 7 Uhr. Mitgliederversammlung im Jugendheim, Weibengasse 2 (2. Stock, Zimmer 81). Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Standesamt vom 16. März 1921.

Todesfälle: Posthalter Bernhard Gaiswiski, 25 J. 4 M. — Schuhmacher Klemens Lewandowski, 25 J. 4 M. — Kaufmann, Deutscher der Reserve im Inf.-Regt. Nr. 165, Ernst Stad, 24 J. 8 M. — Polizeiwachtmeister Emil Westphal, 33 J. 8 M. — Bahnarbeiter Max Thum, 37 J. 3 M. — Unschuldig: 1 S.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark: (Auszahl 3 1/2)	7,80	(am Vortage 7,35)
Dollar	62 1/2	62
Englische Pfund	240	249
franz. Frank	4,36	4,42
Schweizer Frank	10,70	

BORG CIGARETTEN für Qualitäts-Raucher

Wasserstandsberichte am 16. März 1921.

	gestern	heute	gestern	heute
Zawisch	—	—	Dirschau	+4,00 — 4,16
Wischau	—	—	Einlage	3,06 — 3,16
Thorn	3,22 — 2,84		Schiemenhorst	2,82 — 2,90
Radom	0,22 — 2,84		Schönbau D. P.	—
Elm	3,21 — 2,98		Balsenberg D. P.	—
Graudenz	3,90 — 3,22		Neuborsleben	—
Kurbad	3,58 — 3,79		Wolsdorf	— 0,12 — 0,18
Montaurspölje	3,69 — 3,74		Kuwachs	+ 1,05 —
Piechel	3,82 — 3,94			

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Bolze, für den Danziger Nachrichtenteil und die Unterhaltungsbeilage Fritz Weber, beide in Danzig; für die Inserate W. u. S. - Druck in Oliva. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Mittwoch, den 16. März 1921, abends 7 Uhr
Dauerkarten B 2.

Äußerer Teil vom Opernhaus in Frankfurt a. M.
und Alfred Bachmann von der ersten Volksoper
Berlin als Gäste auf Engagement.

Die Zauberflöte

Große Oper in 2 Aufzügen von W. A. Mozart.
Musik: Leitung: Otto Selberg.
Inspektion: Otto Friedrich.

Personen wie bekannt. Ende gegen 10 Uhr.

Donnerstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten C 2.
„Am ersten Male.“ Die Marquise von Kreis.
Schauspiel in 3 Aufzügen (nach Diderot) von
Carl Sternheim.

Freitag, abends 7 Uhr. Dauerkarten D 2.
„La Traviata“.

Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr. Dauerkarten E 2.
„Gedächtnisstücke.“ „Nathan der Weise.“

Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine
Rückzahl. „Der Florentiner.“

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.)

Tel. 4092. Tel. 4092.
Hascher u. Direktor Paul Hansmann.
Kunstl. Leitung: Dir. Sigmund Kunstl.
Heute Mittwoch, den 16. März.

Anfang 7 Uhr. Anfang
Zum 1. Male:

Der arme Jonathan

Operette in 3 Akten von Carl Millöcker.

Morgen Donnerstag, den 17. März.

„Der Bettelstudent.“

Vorverkauf findet tags v. 10—11 Uhr nur

im Deuma-Haus Langgasse 69 statt.

Sonntag 9—12 Uhr a. d. Theaterkasse.

Nach Schluß der Vorstellung:

Fahrverbindungen nach allen Richtungen.

In den Parterre-Räumen:

Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Lichtbild-Theater

Apollo III. Damm 3.

Spielplan vom 16. bis 18. 3. 21.

Das große Sensations-Programm.

Das Brillanten-Schiff!!

2 Abende: Das

Key-Hong in 6 markant lebhaft spannenden Akten.

Die Lüge!

Sensations-Schauspiel in 5 Akten.

Sein Modell

Reinhold-Lange in 3 Akten.

Hotel Danziger Hof

Wintergarten

jeden 5-Uhr-Tee moderne Tanz-
Donnerstag vorführungen
abends Reunion

jeden Sonnabend Reunion zwanglose Tänze

Sonntags ab 1 Uhr mittags
Tafelmusik Kapelle Steffi.



Gewerbebeitrags der
städtischen Handwerker-Schule

Ausstellung

Sonntag, den 20. März bis

Dienstag, den 22. März

von 11 bis 1 Uhr

im Schulgebäude an d. groß. Mühle.

Einen Weltruf verdient
Legionka

Tabak, heller Virginia

mild, bekömmlich, billig

überall erhältlich!

Schwangeren-Zürsorge

Kostenlose Beratung

für schwangere Frauen und Mädchen

Sandgrube 9/15.

Sprechzeit: Jeden Freitag von 5—7 Uhr nachm.

in besonders dringenden Fällen: wochentags

von 4—5 Uhr nachmittags bei dem Frauenarzt

Dr. Kownakki, Langfuhr, Hauptstraße 48, 2 Tr.

Jugendamt.

Alteisen,
Metalle,
Knochen,
Lumpen

Carl Danziger & Co.
Tel. 65 Olloa, Tel. 65
Zoppoter Straße 76.
Wir holen alles ab.

Damenputz!

Neuanfertigung und Um-
arbeitungen in Borden,
Scheiden und Strohhüten,
Formen und Zutaten auf
Bager.

Margarete Speiser,
Paradiesgasse 36.

Kranke Frauen

erhalten unentgeltlich Ambulant
über schulpflichtige Frauen von Blut-
krankheiten, Wundheilung, Schwindel-
beschwerden, Rückgrat-erkrankungen.
Frau Bertha Koopmann
Börse 35, Paradiesgasse 104.
(1419)

Werkmeister

ber 24 Jahre bei einer groß.

Schiffahrt tätig gem. ist,

lucht pass. Sted. Off. unt.

M. 143 a. d. Erped. d. Zeit.

Sparverein Arbeiter-Druckerei

Besipreufen.

Mitgliederversammlung

am Sonntag, den 20. März, vormittags 10 Uhr

in den Räumen der Druckerei, Am Spondhaus 6

Tagesordnung:

1. Ergänzung des Vorstandes.

2. Beschlußfassung über das Weiterbestehen des

Vereins.

Zu dieser Versammlung werden die Mit-

glieder des Vereins eingeladen. Entschuldig-

ung legitimiert.

J. H. H. Finken.

Institut für Zahnleidende

Telefon 2621. Pfefferstadt 71! Nahe

Spezialärztl. Abteil. Spezialtechn. Abteil.

Mund- u. Zahnoperationen Zahnarzt mit und ohne

in örtlicher oder Gasmaske aller

allgemeiner Betäubung. Systeme.

Zahnprothosen jeder Art. Reparaturen, Umarbei-

zahnregulierungen. tungen schnellstens.

M.A.B. Kostenberechnung.

Sprechzeit 8—7, Sonntag 9—12.

(1346)

Kosmos-Bücher

Börsche, Die Abstammung des

Menschen 12.—

— Der Stammbaum der Tiere 5.20

— Im Steinkohlenwald 5.20

— Der Mensch der Tertiärzeit 5.20

— Der Mensch der Pfahlbauzeit 5.20

— Festländer und Meere 5.20

— Tierwanderungen in der Urwelt 5.20

— Der Mensch der Zukunft 5.20

— Stammbaum der Insekten 5.20

— Elzezeit und Klimawechsel 5.20

— Der Sieg des Lebens 5.20

Buchhandlung Volkswacht

Am Spondhaus 6 und

Paradiesgasse 32.

Damenwäliche

Unsere enormen Umsätze sind der beste Beweis
für die Preiswürdigkeit unserer Waren.

Damen-Hemden

Damen-Hemden	Achschluß, aus kräftigem	25 ⁷⁵
Damen-Hemden	Wäsche, kräftig, Wäsche, kräftig, Wäsche, kräftig	39 ⁷⁵
Damen-Hemden	kräftig, Wäsche, kräftig, Wäsche, kräftig	39 ⁷⁵
Damen-Hemden	kräftig, Wäsche, kräftig, Wäsche, kräftig	49 ⁷⁵
Damen-Hemden	kräftig, Wäsche, kräftig, Wäsche, kräftig	49 ⁷⁵
Damen-Hemden	kräftig, Wäsche, kräftig, Wäsche, kräftig	69 ⁵⁰
Damen-Hemden	kräftig, Wäsche, kräftig, Wäsche, kräftig	79 ⁷⁵

Korsetts

Korsett	modellartig, kräftiger Stoß, mit banter Lan-	27 ⁵⁰
Korsett	gasse	34 ⁷⁵
Korsett	dieselbe Ausführung mit Spitzengarnitur	38 ⁵⁰
Korsett	lange Form, mit Langzettengarnitur	47 ⁵⁰
Korsett	lange Form, mit Strumpfhalter	49 ⁷⁵
Korsett	lange Form, sehr gute Ausführung, mit Spitzengarnitur	49 ⁷⁵

Wäsche-Stoffe

Hemdentuch	kräftige Ware	8 ⁷⁵
Hemdentuch	50 cm breit, gute Qualität	10 ⁷⁵
Renforcé	stark und feinfädig, 80 cm breit	15 ⁷⁵
Makko-Batist	für eleganteste Damenwäsche, 80 cm breit	22 ⁵⁰

Damen-Beinkleider

Damen-Beinkleider	kräftiger Stoß, mit Bogen-	25 ⁷⁵
Damen-Beinkleider	borte	39 ⁷⁵
Damen-Beinkleider	Knieform, feinfädiger Stoß, mit Stickerei	49 ⁷⁵
Damen-Beinkleider	Knieförmig, mit Stickerei	49 ⁷⁵
Damen-Beinkleider	Volant, aus gut. Stoff, mit Stickerei	49 ⁷⁵
Damen-Beinkleider	Volant, geschlossen	48 ⁵⁰
Herren-Taghemden	starkfädige Qualität	85 ⁰⁰
Herren-Nachthemden	gute, kräft. Ware, mit farbiger Paspelgarnitur	85 ⁰⁰

Schürzen

Hausschürzen	gestreift u. blau-weiß gepunkt. Stück	24 ⁷⁵
Hausschürzen	Wiener Form, schön garniert	29 ⁷⁵
Hausschürzen	ohne Lag, extra breit	27 ⁵⁰
Kleiderschürzen	moderne Form	49 ⁷⁵
Kinderschürzen	in allen Größen, weiß u. farbig ab Stück	16 ⁵⁰

Taschentücher

Kindertücher	Linon, weiß und farbig	2 ⁰⁰
Damen-Batisttücher	eine Ecke gestickt	3 ²⁵
Damen-Batisttücher	mit Hoblaum	3 ⁷⁵
Herren-Linontücher	gute Qualität	5 ⁰⁰
Herren-Linontücher	extra groß und starkfäd.	6 ⁵⁰

Walter & Fleck

Wäschefabrik mit elektrischem Grossbetrieb.

8838

Städtische Handwerker- und Fortbildungsschule.

Fortbildungsklassen für schulentlassene Mädchen.

Unterrichtsfächer:

1. Maschinennähen und feine Handarbeiten

(Ausbesserungsarbeiten: Stopfen, Flickern, Anfertigung einfacher Wäschestücke, zwei-

mal wöchentlich 3 Std.

2. Deutsch, zweimal 1 Std. wöchentlich.

3. Rechnen, zweimal 1 Std. wöchentlich.

4. Gesundheitslehre, Kinderpflege und Hauswirtschaftskunde, zweimal 1 Std.

5. Turnen, einmal 1 1/2 Std. wöchentlich.

6. Kochen (einfache Mittagsgesichte), einmal 4 Std.

Beginn: Montag, den 4. April.

Die Unterrichtsfächer sind auf 4 Wochen-

tage vor- und nachmittags verteilt. Das Schul-

geld beträgt für die ersten 5 Pflichtfächer

20 Mk. halbjährlich, für Kochen außerdem

30 Mk. halbjährlich.

Die Hauptanmeldungen finden am 21., 22.

und 23. März, nachmittags von 4 bis 6 Uhr

in der Fortbildungsschule an der großen

Mühle statt. Spätere Anmeldungen werden

ausnahmsweise noch in den Vormit-

tagsstunden zwischen 9 und 1 Uhr in der

Geschäftsstelle der Fortbildungsschule an-

genommen.

Das letzte Schulzeugnis ist mitzubringen.

Das Schulgeld ist bei der Anmeldung zu

entrichten.